

KOSTENLOS

Geegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 183

Wilhelmshaven

Oktober 2002

Wilhelmshaven sieht rot

SPD-Spitzenkandidatin Karin-Evers-Meyer zieht auf Anhieb in den Bundestag ein - Erich Maaß muss nach 22 Jahren seine Koffer packen



AUS-WAHL

Ein Jahr WALLI im Rat - von der hintersten Bank hat Joachim Tjaden alles im Blick. Auf [Seite 3](#) schildert er seine Erfahrungen Die WilhelmshavenerInnen haben wieder mal für vier Jahre ihre Stimmen abgegeben - wem und wie, analysieren wir auf [Seite 4](#) - und wem nicht?: CDU-Kandidat Erich Maaß darf nicht wieder nach Berlin - ein Abgesang auf [Seite 5](#). Mündige BürgerInnen möchten auch zwischen den Wahlen ein Wörtchen mitreden. Was sie OB Menzel zu sagen hatten (und er ihnen), lesen Sie auf [Seite 8](#). Wer hat das Sagen, wenn es um die Natur in unserer Stadt geht? Auf den [Seiten 6+7](#) setzen wir unsere Kahlschlag-Chronik fort. Unter der Rubrik "Verloren/Vermisst" dokumentieren wir auf [Seite 9](#), was hier alles so den Bach runtergeht Gleich mehrere Leute riefen für einen hilfsbedürftigen Mitbürger Polizei und Rettungswagen herbei - vergebens. Lesen Sie unsere Recherche auf [Seite 10](#). Wie buchstabiert man Demokratie? Eine fragwürdige Form von Politikunterricht kommentieren wir auf [Seite 11](#). Ebenfalls auf [Seite 11](#) ein Hinweis auf Politikunterricht, wie er auch in einem guten Buche steht: "E.T." in Wilhelmshaven. Auf [Seite 12](#) haben wir wieder Ratssplitter für Sie eingesammelt.

meldungen

Gekämpft, gehofft, gekommen

„Abschiebung trennt Mutter von Kindern und Vater“. Diese Nachricht schockierte im Januar 2001 Menschen in Wilhelmshaven. Nicht alle. Aber die, die noch menschlich fühlen und handeln, begannen die Öffentlichkeit zu suchen. Sie machten Veranstaltungen, Flugblätter, führten Gespräche mit der „Ausländerbehörde“ und PolitikerInnen, informierten landes- und bundesweit arbeitende Organisationen und riefen zu Spenden auf.

Und jetzt die gute Nachricht: Die Kinder sind zurück! Mohammed und Sheihan sind wieder bei ihrer Mutter in Wilhelmshaven. Nachdem die Abschiebekosten von 4.000 € über die Stadt Wilhelmshaven an die Bezirksregierung Weser-Ems gezahlt wurden und das Geld für den Rückflug beisammen war, landeten die Kinder am 22. September 2002 in Hamburg.

Wir bedanken uns bei allen, die durch ihren Einsatz und ihre Solidarität etwas Menschlichkeit in diesem (die Menschenrechte in aller Welt verteidigenden Rechtsstaat) ermöglicht haben - ob durch Spenden, Arbeit oder Daumen drücken - egal.

Manal Ramadan, eine der erwachsenen Schwestern, durfte schon vor einigen Monaten in die BRD zu ihrem Ehemann nach Hamburg zurückkehren - allerdings erst, nachdem sie die Abschiebekosten bezahlt hatte.

Ranija Bachir, die andere erwachsene Schwester, wird mit ihren beiden Kindern in einigen Wochen zu ihrem Ehemann nach Hannover ziehen können. Sie waren zwar schon in der BRD nach moslemischem Recht verheiratet, aber die Ausländerbehörde bestand auf einer „juristisch einwandfreien“ Heirat. Deshalb ist Herr Bachir, der inzwischen bleibeberechtigt ist, nach Syrien gereist, um dieser Forderung genüge zu tun. Auch Ranija Bachir muss vor der Rückkehr die Kosten ihre Abschiebung erstattet haben.

Samir Ramadan, der Vater der Familie, könnte ebenfalls in die Bundesrepublik zu seiner Ehefrau, seinen Kindern und Enkelkindern reisen, wenn das nötige Geld für die Abschiebekosten und den Rückflug beisammen wäre. Auch deshalb rufen wir weiter zum Spenden auf. Ein weiterer Grund fürs Spenden ist, dass Naval Khan, die Mutter der Familie, in Wilhelmshaven ohne Sozialhilfe auskommen muss. (bigaf)

Spendenkonto: Frau Brigitte Tabbach
Kontonr. 9003080000 BLZ: 28220026
(Oldenburgische Landesbank)
Stichwort: Familie Khan

Freie Flugbahn

haben mittlerweile die Flughunde im Aquarium am Süstrand. Die Tierrechtsbewegung hatte Anzeige gegen den Betreiber erstattet, weil die Tiere in einem viel zu kleinen Käfig gehalten würden. Geschäftsführer Volker Schiersch brief sich auf die behördliche Prüfung, wonach die Tierhaltung in seiner Einrichtung artgerecht sei und den neuesten Anforderungen genüge. Sein zoologischer Leiter Winfried Hochstetter ließ es nicht dabei bewenden. Nach dem Eröffnungstrubel wurde der Luftraum über dem

Haifischbecken für die Flughunde hergerichtet. Da die schwimmenden Räuber auch im Interesse ihrer schuppigen Mitbewohner stets gut gefüttert werden und noch sehr klein sind, blieben die fliegenden Säuger von ihnen unbehelligt. Wenn sie versehentlich ein Bad nahmen, konnten sie an den ausgehängten Netzen hochklettern. Wegen der häufigen nassen Bauchlandungen wurden die Flughunde dann in den sicheren und größeren Bereich über Äffchen, Beo und Kaimanen umgesiedelt. Man ist zwar nicht ganz glücklich damit, dass die Flughunde zwischen den Deckenbalken versteckt nicht immer für das Publikum sichtbar sind. Wir halten das unter den gegebenen Umständen für die beste Lösung: Zum einen haben die Tiere ein Recht darauf, sich auch mal zurückziehen zu dürfen, zum anderen lernen die Besucher, dass sie das lebende Inventar nicht immer wie auf dem Serviertablett konsumieren können, sondern auch mal geduldig verweilen und genau hinschauen müssen. (iz)

JadePort-Gutachter im Visier

Die Unternehmensberatung Roland Berger steht derzeit im Blickfeld kritischer Landespolitiker. Die Grünen im Landtag und die niedersächsische FDP kritisieren nicht nur die Vielzahl von Aufträgen, die Berger vom Land erhält - auch inhaltlich bestehen große Zweifel. Der haushaltspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion Michel Golibruch hat "selten so einen Käse gelesen wie die Empfehlungen der Firma zur Sanierung des Landesetats". Laut Golibruch handelt es sich bei dieser Expertise keineswegs um einen Einzelfall. Allein von 1994 bis 1999 habe die Landesregierung insgesamt 14 Aufträge für Gutachten mit einem Gesamtauftragswert von 2,6 Mio. Euro an Roland Berger vergeben. Darunter befanden sich u.a. die Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit der Weltausstellung Expo und der Luxusklinik INI. Golibruch: "Beiden Bewertungen lagen jeweils groteske Fehleinschätzungen über die Marktlage zugrunde."

Der Grünen-Abgeordnete kritisiert, dass auch nach diesen negativen Erfahrungen an Roland Berger als "Chefberater" der SPD-Landesregierung festgehalten worden sei. So sei ein weiteres unstrittenes Gutachten in seinem Auftragswert gestückelt worden, um knapp unter der Ausschreibungsgrenze bleiben zu können. Bei der Präsentation dieser Untersuchung hätten die eingeladenen Fachleute aus den Ministerien einmütig ihr Missfallen über die dort niedergelegten Allgemeinplätze zum Ausdruck gebracht. In einer parlamentarischen Anfrage will der Grünen-Politiker die auffällige Häufung der Auftragsvergabe an Roland Berger jetzt vor den Landtag bringen. "Zu klären ist schließlich auch, ob die Firma der Landesregierung mittlerweile Mengenrabatt gewährt." Berger hatte 2002 (gemeinsam mit PLANCO) für ein Gutachten zur Standortentscheidung für den geplanten Containerhafen von den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Bremen 700.000 Mark kassiert. Damals wurde aufgedeckt, dass Berger mit veralteten bzw. ungeprüften Zahlen aus anderen Gutachten gearbeitet hatte - was die Entscheidung für Wilhelmshaven (statt Cuxhaven) maßgeblich beeinflusst hat. Hand aufs Herz: Wie soll man bei dieser Vielzahl von Aufträgen auch ordentlich arbeiten können? (iz)

Zu unserem Titelbild

Ein Leser hat uns das Foto zukommen lassen. Autor und Aufnahmeort sind unbekannt. Aktuell ging es zwar nicht um den Einzug ins Rathaus, sondern in den Bundestag, aber sinngemäß hat die Prognose sich erfüllt.

Erwartungsvoll

sind die Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den Jade-Weser-Port und andere TeilnehmerInnen einer öffentlichen Informationsveranstaltung zur Hafenplanung am 4. September. Berend Snippe, Geschäftsführer der JWP-Entwicklungsgesellschaft, hatte dort verkündet, in zwei bis drei Wochen würde die Finanzierung für das Großprojekt stehen und öffentlich bekannt gegeben. Nun sind schon beinahe vier Wochen um und außer den täglichen vollmundigen Versprechen, dass der Hafen kommt, wissen wir immer noch nicht, wie er finanziert werden soll.

Wie soll bei dieser Arbeitsdisziplin der Hafen bloß bis 2008 fertig werden? (iz)

Ohrenschaus als Augenweide

Nur noch bis zum 3.10. (von 10-18 Uhr) läuft die Ausstellung "Wie man damals hörte" im Küstenmuseum. Nix wie hin! Wer das nicht gesehen hat, hat echt was verpasst. Gramophone, Tefifone, Volksempfänger, Musiktruhen und andere Schallüberträger sowie Zubehör (alles aus den privaten Sammlungen von Werner Rosenboom und Günther Kulik) wurden von den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des Museums-Fördervereins in liebevoll gestaltetem, passenden Ambiente arrangiert.

Wir möchten Frau Gottschalk und ihren MitstreiterInnen abschließend noch einmal zu der gelungenen Ausstellung gratulieren. Zur Eröffnung hatten sie und die Sammler die Hoffnung geäußert, in anderen Räumlichkeiten eine Dauerausstellung daraus zu machen. Wir drücken ihnen die Daumen. (iz)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantwortw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 4.900 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 1.10.2002

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Ignoranz und Arroganz

WALLI: Ein Jahr im Rat der Stadt.

(hk) Die Wilhelmshavener Alternative Liste (WALLI) ist seit einem Jahr mit einer Stimme im Rat der Stadt vertreten. Wir sprachen mit dem WALLI-Einzelkämpfer Joachim Tjaden.

Gegenwind: *Das erste Jahr ist um. Wie fühlst Du dich nach diesen 12 Monaten?*

Joachim Tjaden: Ins eigene Nest spucken sollte man nicht. Es ist nicht mein Nest und wird es, wenn sich nicht grundlegend etwas ändert, auch nicht werden. Aus dem "normalen" Leben heraus, in dem jeder seine eigene Meinung haben kann, darf und auch soll, in dem jeder seine Entscheidungen selbst trifft, in dem jeder seine Meinung aus möglichst vielen Informationen bildet, in den Stadtrat zu kommen, bringt schon so einige Probleme mit sich.

Was meinst Du mit 'einigen Problemen'?

Die Probleme beginnen schon damit, dass viele für mich selbstverständliche Grundregeln für einige Ratsmitglieder keine Gültigkeit haben. Es ist schon manchmal peinlich, welche Arroganz, Ignoranz und Unerzogenheit bei manchen dieser erwachsenen "Vorbilder" zu Tage tritt. Da gibt es die Gruppe der Desinteressierten und eine kleine Gruppe der "Ratsschläfer". Dieses Thema sollten wir jedoch schnell vergessen und hoffen, dass nicht allzu viele BürgerInnen daraus schließen, es seien alle so.

Gibt es eigentlich einen Kontakt der BürgerInnen zu den Ratsmitgliedern, der über die jeweiligen Parteistrukturen hinausgeht?

Die Briefkästen der Ratsmitglieder sind immer prall gefüllt mit Unterlagen, Anträgen und Informationen - eine schier endlose Flut an Papieren. Da sind interessante Vorgänge zu beobachten: die Papierstapel werden fein säuberlich nach Einladungen und Informationen getrennt. Die Einladungen verschwinden in der Tasche, die Informationen im Schredder. Sicherlich nur Einzelfälle!

Und wie geht ihr damit um? Für eine Partei mit 20 Mitgliedern im Rat sollte es eigentlich keine Schwierigkeit sein, sich mit den Problemen der Wilhelmshavener BürgerInnen zu beschäftigen - aber wie schaffst Du das als Einzelkämpfer?

Ich arbeite mich durch die Berge durch, und natürlich helfen mir die anderen WALLI-Mitglieder, und gehe auch zu den BürgerInnen, Vereinen, Institutionen, die etwas von der Stadt Wilhelmshaven wollen.

Hierbei wurde die Illusion - der Rat sucht das Gespräch mit den Betroffenen - zerstört. Die meisten Gefragten verbringen die ersten Gesprächsminuten damit, ihr Erstaunen über diese Nachfrage in Worte zu fassen. "Sie wollen wirklich meine Meinung hören? Das habe ich noch nie erlebt!" Diese Selbstverständlichkeit scheint in unserer Stadt zu einem absoluten Ausnahmefall geworden zu sein.

Die Illusion, dass Entscheidungen mit den betroffenen BürgerInnen zusammen getroffen werden, verflög in wenigen Tagen. Mehr Bürgernähe, mehr Transparenz der Entscheidungen. Diese Worte klingen mir seit dem Wahlkampf immer noch in den Ohren.

Das klingt nicht nach der viel beschworenen Bürgernähe.

Bürgernähe! Gleich eine der ersten Entscheidungen im Rat sollte dieses Thema betreffen. Eine neue Geschäftsordnung sollte diskutiert und beschlossen werden. Von Bürger-

nähe und Transparenz aber keine Spur. Die Rechte der BürgerInnen bei der Einwohnerfragestunde wurden verringert. So soll der Bürger 9 Tage vor der Ratssitzung seine Frage, welche nicht die Tagesordnung des Rates betrifft, schriftlich einreichen. Nur: Wann weiß der interessierte Bürger, was nicht auf der Tagesordnung steht? Neun Tage vorher weiß noch nicht einmal der Ratsvorsitzende, was genau auf der Tagesordnung steht! Absicht? Oder war es einfach eine unüberlegte Änderung?

Wie ist das Verhältnis der WALLI zu den anderen Parteien im Rat?

Ein beliebtes Hobby in der Mehrheitsgruppe scheint die Buchführung über den neuen WALLI-Mann zu sein. Dass der "Neue" beobachtet wird, ist nicht unnatürlich. Aber die Tatsache, dass einige genau wissen, wann die WALLI mit der FDP stimmt, wann und wie lange von Teichman (FDP), Schadewald (FDP) und Tjaden miteinander reden, ist schon erstaunlich. So wird die Vermutung geäußert, dass ich in die FDP wechseln werde. Dabei kann ich wirklich nichts dafür, wenn die FDP mit der WALLI stimmt. Ob daraus jemals abzuleiten ist, dass Dr. von Teichman zur WALLI wechseln will, sollten die Beobachtungsposten der SPD-Mehrheitsgruppe einfach abwarten.

Nun ist es in aller Regel so, dass der, der beobachtet wird, auch selber beobachten kann. Wie läuft das im Rat?

Mir fallen immer wiederkehrende Wortmeldungen des Fraktionsvorsitzenden Neumann auf, welche inhaltlich nicht dazu beitragen, den Sachverhalt des Abstimmungsgegenstandes zu erläutern, sondern lediglich darauf hinweisen, dass für oder gegen den Antrag gestimmt wird. Diese Vorbemerkung dient wohl dazu, auch dem Letzten in der Gruppe klar zu machen, wie er abzustimmen hat. Das funktioniert auch reibungslos. Oder sind die Gruppenmitglieder tatsächlich über ein Gestänge mit dem Vorsitzenden verbunden, was erklären würde, dass auch die Gruppe der "Ratsschläfer" meist korrekt abstimmt?

Wie sieht es mit deiner eigenen Ratsarbeit aus? Konntest Du in den zurückliegenden zwölf Monaten etwas bewegen?

Gespannt wartete ich auf das Abstimmungsergebnis zum Strahlenkataster-Antrag der WALLI. Abgelehnt! Weil der Antrag von der WALLI kam? Weil wir ein solches Kataster schon haben? Sinnlos war der Antrag nicht. Würde doch wenige Tage nach der Abstimmung tatsächlich ein Kataster in der Presse vorgestellt. Es beinhaltet zwar nur die Anlagen, die laut Gesetz kartiert werden müssen, aber immerhin.

Die weiteren Anträge der WALLI haben ein ähnliches Schicksal erlitten. Hier ging es um einen Zuschuss zum Schullandheim Schweinebrücker Fuhrenkämpfe. Also um Kinder. Selbst der Ratsherr Schulz mochte sich nicht über den Fraktionszwang - eigentlich gibt es den ja nicht - hinwegsetzen. Abgelehnt!

Dann ging es zweimal um die Schule Coldevei, welche angeblich aus pädagogischen Gründen - zu wenig Anmeldungen - ge-

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,05 %** bei
100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,17 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

VPV

VERSICHERUNGSGRUPPE

schlossen wurde. Die WALLI stimmte gegen die Schließung. Nach Meinung der BürgerInnen im Stadtnorden und der WALLI sollte die Schule nun wenigstens als Gebäude für Kinder-, Jugend- oder Stadtteilarbeit genutzt werden. Abgelehnt! Wie schon die Entscheidung zur Schließung der Schule, war auch diese höchst zweifelhaft.

Auch der JadeWeserPort ist Thema der WALLI im Rat.

Die Große Anfrage - Große Anfrage, weil diese eine Diskussion erlaubt - über die Planungen bezüglich Straßenveränderungen brachte eines deutlich hervor: Zum geplanten Baubeginn werden keine Maßnahmen ergriffen sein, welche für einen vertretbaren Baustellenverkehr sorgen könnten. Auch werden die nötigen Straßenführungen nicht zu Betriebsbeginn erstellt sein. Diskussion? Fehlanzeigen!

Die zweite Anfrage, bezüglich der Beteiligung Wilhelmshavens an der Entwicklungsgesellschaft für den JadeWeserPort, wurde dann vom 1. Stadtrat Frank beantwortet. Von Unrechtsbewusstsein, keine Spur. Nach seinen Angaben sei der Anteil Wilhelmshavens, immerhin ca. 1,35 Mio. EURO, bezahlt. Diesen Umstand ließ ich mir, durch eine Zusatzfrage, noch einmal bestätigen. Warum liegt dann kein Ratsbeschluss darüber vor?

Das klingt alles so, als wärst Du der Einzige im Rat, der den wirklichen Durchblick hat - alle anderen tanzen nach der Fraktionspfeife oder pennen. Ist das denn wirklich so krass?

Selbstverständlich ist es so, dass ich mich in allen angeführten Punkten irren könnte. Nicht immer ist der "erste" Eindruck, welcher sich jedoch im Laufe der letzten Monate nicht veränderte, auch der Richtige.

Bleibt zu bemerken, dass mir natürlich auch die Ratsmitglieder auffallen, welche von diesen Beschreibungen abweichen. Die sich Gedanken machen und tatsächlich zum Wohle der BürgerInnen arbeiten wollen.

Sonst gibt es nichts Positives zu vermerken? Wo Schatten ist, muss auch Licht sein. Licht bringen immer wieder die MitarbeiterInnen der Stadt. Keine Frage scheint zu viel, kein Vorgang zu weit weg, um ihn für den "WALLI-Mann" zu holen. Danke!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Ein Jahr WALLI im Rat

Großes hat die WALLI sicherlich bisher nicht bewegt. Aber viele Kleinigkeiten konnten verbessert werden. Und gerade diese kleinen Dinge, welche immer wieder aus der Bevölkerung an uns heran getragen werden, sind es, die wieder aufbauen.

Ein abschließendes Resümee deines ersten Jahres als Ratsmitglied - und vielleicht Deine Wünsche für die nächsten Jahre.

Das Vorgenannte könnte den Eindruck erwecken, unsere Ratsarbeit würde nichts bringen. Würde keinen Spaß machen. Das ist nicht so! Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Arbeit schon "Früchte" getragen hat und auch weiter tragen wird.

Ohne die BürgerInnen geht es aber nicht! Darum wünsche ich mir, dass man uns sagt, wo die Probleme sind. Kommen Sie zu den Ratssitzungen. Nutzen Sie die Einwohnerfragestunde. Fragen Sie, bis sie eine Antwort erhalten. Auch wenn Zwischenbemerkungen wie "das haben wir Focke Hofmann zu verdanken" bis auf die Tribüne hallen. Lassen Sie sich nicht von den "Adams" abschrecken!

Es gibt einige Ratsmitglieder, die zuhören, die sich kümmern und das Vorgebrachte in ihre Arbeit aufnehmen.

In der Hoffnung, dass nicht automatisch alle Abstimmungen das Ergebnis 24 zu 21 haben werden, setzt die WALLI ihre Arbeit fort.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Bolzen und quatschen

wollen Jugendliche möglichst ungestört durch Erwachsene. Damit befasste sich der Jugendhilfeausschuss in seiner Septembersitzung. Aufgebrachte Anwohner des Spielplatzes an der Schlosserstraße klagten über (auch nächtliche) Ruhestörungen durch ältere Jugendliche, die dort Fußballturniere austragen würden.

Mitglieder der MLPD-Jugendorganisation "Die Rebellen" forderten ihr recht auf Freizeitmöglichkeiten ein und warfen dem Ratsmitglied Möhle vor, sich aus parteipolitischen Gründen mit den Anwohnern gegen sie zu verbünden. Stadtrat Kottek will durch bauliche Maßnahmen den Platz wieder für Kinder bis 14 Jahren sichern und für die Jugendlichen Alternativen am Banter Markt schaffen.

Ein Jugendtreff mit Sportmöglichkeiten soll im südlichen Maadebogen gebaut werden. Ein Wall soll die Anwohner vor Lärmbelästigungen und umgekehrt die Jugendlichen vor neugierigen Blicken schützen. Die Schutzhütte soll zwei abgegrenzte Räume haben, in denen sich Jungs und Mädchen jeweils getrennt voneinander zusammenfinden können. Der Ausschuss sprach sich für die Umsetzung des durchdachten Konzeptes aus.

Jugendliche in Fedderwardergroden müssen weiterhin auf Räumlichkeiten für einen Treffpunkt warten. Die bisher vorgeschlagenen Immobilien waren ungeeignet bzw. nicht finanzierbar. Auch wurde das Problem angesprochen, die verschiedenen Gruppen bzw. Nationalitäten unter ein Dach zu bringen - was die Jugendlichen selbst für möglich halten.

Wilhelmshaven sieht rot

Wenig Überraschendes, aber einiges Interessantes zur Bundestagswahl

(red) Das war endlich mal eine richtig spannende Bundestagswahl, bei der es sich gelohnt hätte, die Wahlparty im Pumpwerk zu besuchen. Die fand leider nicht statt bzw. war ins Rathaus verlegt worden. Naja... Die Ergebnisse kennen alle Gegenwind-LeserInnen schon aus dem Fernsehen und (bezogen auf unseren Wahlkreis) aus der "WZ". Wir schauen auf einige Auffälligkeiten des Wahlverhaltens in Wilhelmshaven.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung in Wilhelmshaven lag mit 77,02 % leicht unter der des Wahlkreises 27, wo 78,4 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben (übrigens landesweit die geringste Wahlbeteiligung). 14,51 % der wahlberechtigten WilhelmshavenerInnen nutzten die Briefwahl; von denen, die tatsächlich gewählt haben, taten das 18,84 % per Brief. Da das Wahlamt die Briefwähler anders gruppiert als nach den Wahlbezirken, ist es ein wenig schwierig, z.B. die Wahlbezirke mit den besonders wahlleifrigen oder die mit den besonders wahlunlustigen BürgerInnen auszumachen. Die im Folgenden genannten Schlaglichter beziehen sich nur auf die, die am 22. September persönlich im Wahllokal ihre Kreuzchen gemacht haben.



Die mit weitem Abstand niedrigste Wahlbeteiligung gab es im Bezirk Heppens-Nord, wo nur 30,81 % wählten. Am höchsten war die Wahlbeteiligung in Langwerth mit 77,5 %; ebenfalls recht hoch war sie im Lindenhof, im Pädagogenviertel, im Europaviertel-Nord/Neuende, im Europaviertel-Süd/Maadetal, in Aldenburg, in Neuengroden-Süd und -Nord, im Maadebogen, in Altengroden-Südost, in Coldewei-Himmelreich, in Rüstersiel, in FGroden-Südwest, in Voslapp und in Fedderwarden.

Welchen Parteien eine hohe Wahlbeteiligung nützt oder schadet, lohnt sich in einer SPD-Hochburg wie Wilhelmshaven nicht zu untersuchen. In fast allen Wilhelmshavener Wahlbezirken liegt die SPD sehr deutlich vor der CDU. Lediglich das Villenviertel-West wählte stramm Schwarz-Gelb: Mit 40,4 % für die CDU und 11,7 % für die FDP hätte dieser Bezirk der Republik eine Regierung Stoiber beschert. Eine ebenso klare Mehrheit hatten CDU/FDP ansonsten nur noch bei den BriefwählerInnen aus Europaviertel/ Wiesenhof/ Neuende.

SPD-Hochburgen gibt es in der SPD-Hochburg Wilhelmshaven zahlreich: Deutlich über 60 % bekamen die Sozialdemokraten in Siebethsburg, in FGroden und in Voslapp, 60,9 % im Inselviertel, 70,8 % gar im Lindenhof.

Interessant sind vielleicht auch noch die Wilhelmshavener Bezirke, in denen die Grünen gut abschnitten: In der östlichen Südstadt

wählten 11,5 %, in Südstadt-Mitte 9,2 % und im östlichen Villenviertel 9,1 % die Grünen.

Die Republikaner haben in dieser Wahl keine Schnitte mehr bekommen. Über 2 % kamen sie nur in drei Wahlbezirken: In Bant-Süd 2,9 %, in Tonndeich-Ost 2,4 %, in FGroden-Mitte 2,5 %.

Erststimmen - Zweitstimmen

Dem Ausscheiden von Erich Maaß aus dem Bundestag widmen wir einen eigenen Artikel in dieser Ausgabe. Mit 33,3 % der Erststimmen hat er sein bis dahin schlechtestes Ergebnis von 1998 noch unterschritten. Nach all den Querelen in seiner Partei sollte man erwarten, dass (Zweitstimmen-)CDU-Wähler ihm ihre Erststimme verweigert hätten, aber weit gefehlt - er bekam immerhin 32,1 % der Erststimmen, während die CDU sich mit 30,9 % begnügen musste. In absoluten Zahlen liest sich das noch beeindruckender: 16.704 Stimmen für Maaß gegenüber 15.631 für die CDU - hat er über 1000 persönliche Fans? Nein, gut 500 dieser Stimmen werden von FDP-Wählern gekommen sein, die ihre Erststimme beim FDP-Direktkandidaten Dr. Völkel von vornherein als vergeudet gesehen haben. Trotzdem ein interessanter Unterschied!

Dass Karin Evers-Meyer ihre in Wilhelmshaven gut bekannte und verankerte Vorgängerin Gabriele Iwersen an Erststimmen übertreffen würde, war ebenfalls nicht zu erwarten. Ihr Plus an Erststimmen gegenüber den Zweitstimmen für ihre Partei, die SPD, beträgt knapp 1000 und erklärt sich nur zum Teil mit grünen Wählern, die ihre Erststimme nicht an einen von vornherein aussichtslosen Direktkandidaten verschenken wollten. Der hat in Wilhelmshaven fast 800 Stimmen weniger als seine Partei bekommen. ■

International Küche & Cocktails

Gildes
Movie Bar

Frühstücksbuffet
Son- und Feiertags
10 - 15 Uhr

BAHNHOFSTR. 22, TEL.: 506876

Das war's mit Maaß

Der CDU-Politiker muss sein Bundestags-Köffcherchen packen

(red) Kritisch hatte sich der GEGENWIND in der Ausgabe 179 mit dem Bundestagsabgeordneten der CDU für den Wahlkreis 27, Erich Maaß, auseinander gesetzt. Dieser Artikel schien ihm nicht sonderlich gefallen zu haben. Als wir ihn wenig später telefonisch darum baten, uns freundlicherweise ein Exemplar des CDU-Wahlprogramms zukommen zu lassen, mussten wir uns einiges von ihm anhören. In dem Artikel stimme gar nichts, sagte er. Dabei hatten wir doch nur aus der "WZ" zitiert!

Wenn es sich nicht mittlerweile erledigt hätte, würden wir übrigens immer noch auf das Wahlprogramm warten. Doch zur Sache: Nun ist das eingetreten, was wir eigentlich schon bei der Bundestagswahl 1998 erwartet hatten. Erich Maaß wird nicht mehr in den Bundestag einziehen, und das ist auch gut so. Weshalb, davon später.

Erstmals 1980 schaffte der 1944 in Wien geborene Diplomkaufmann über die Landesliste Niedersachsen der CDU den Sprung in den Bundestag. Politische Erfahrungen hatte er vorher (von 1971-1981) als christdemokratischer Ratsherr und Beigeordneter im Rat der Stadt Wilhelmshaven gesammelt. Der Landesliste bleib er treu, und mit ihr zog er immer wieder ins Parlament ein. Und immer wieder gelang es ihm, potenzielle Mitbewerber rechtzeitig "abzuschließen". So wurde z.B. Hans-Joachim Gottschalk sofort nach seiner Bewerbung als "Störenfried" und "Mann der verpassten Chancen" abgestempelt. Und "allein seine Kandidatur" würde - so seine friesischen Freunde - "dem Erscheinungsbild der CDU schaden." Gottschalk gab auf.

Auch bei der Delegiertenkonferenz im Herbst 2001, bei der man einen Kandidaten für die Bundestagswahl 2002 zu wählen hatte, hatte Maaß alles im Griff. Siegesgewiss konnte er vor die Delegierten treten. Wusste er doch, dass nur seine besten Freunde aus dem Kreisverband als Delegierte ausgeguckt worden waren und er sich so ihrer Stimmen sicher sein konnte. Bei der Tagung konnte er den Delegierten glaubhaft machen, dass er sich dieses Mal ziemlich sicher sei, den neuen Wahlkreis 27 endlich einmal direkt zu gewinnen. Galt es doch nur, die "Neue" im bundespolitischen Geschäft, die SPD-Landrätin Karin Evers-Meyer aus Friedeburg zu schlagen. Und außerdem sei es doch der ausdrückliche Wunsch seines Landesvorsitzenden und Freundes Manfred Carstens (Emstek) gewesen, dass er nochmals kandidiere. Und Maaß setzte noch einen drauf und warnte die Delegierten davor, jetzt einen Newcomer zu nominieren, da der neue Bundestag um einiges kleiner werden würde. Außerdem sei es für einen Generationswechsel noch zu früh. Gegen so viele "gute Argumente" konnte letztlich auch sein Gegenkandidat Hans-Werner Kammer nicht anstinken, und Maaß konnte ein weiteres Mal als alleiniger Hoffnungsträger der CDU für die Region in den Bundestagswahlkampf ziehen.

Von einem engagierten Wahlkampf des Kandidaten war in Wilhelmshaven nicht viel zu spüren, sieht man davon ab, dass sein Konterfei an fast allen Lichtmasten der Stadt zu bestaunen war. Bis zum Wahltag konnte er noch ein wenig hoffen, dass er - wenn auch nicht als direkt Gewählter, so doch wie immer über die Landesliste - ins Parlament einziehen würde. Doch dieses Mal klappte es nicht.

Die Parteigranden, die in Hannover die Landesliste auskugelten, hatten Erich Maaß

auf der Landesliste auf Platz 27, schlechter als sonst, gesetzt. Die Landesliste zog diesmal nur bis Platz 21, und somit kam das Aus für den Hinterbänkler und Lobbyisten.

Als seine Vorstandsleute im Wilhelmshavener Kreisverband bei einer fix anberaumten Krisensitzung von dem Desaster erfuhren, kam es - so die "WZ" vom 24.09. - "zu einem Schock und gigantischer Enttäuschung". Mehr noch als das Scheitern ihres Kandidaten scheint jedoch die Sorge um den Fortbestand ihrer Kreisgeschäftsstelle im Postgang die CDU zu bedrücken, die ohne den Maaß-Zuschuss nicht mehr finanzierbar sein wird. Heulen und Zähneknirschen bei den Funktionären. Doch - hatten sie es nicht seit Jahren versäumt, sich angesichts von Wahl zu Wahl sinkender Stimmen für Maaß rechtzeitig um einen fähigen Jüngeren als Nachfolger zu bemühen? Gescheitert war das Bemühen nicht nur an der Dominanz von Maaß, sondern auch an den ständigen Querelen der zweigeteilten Anhängerschaft im Kreisverband.

Jetzt ergibt sich für die heimischen Christdemokraten die Möglichkeit, noch etwas Positives aus der Abwahl von Maaß zu machen. Ein tougher Christdemokrat könnte jetzt tabula rasa machen und den schlappen, in sich zerstrittenen Kugelclub endlich zusammenführen und völlig neu aufmöbeln. Eine Menge christdemokratischer Parteifreunde wünscht sich das schon lange.

Und was macht der abgestrafte Kandidat? Der keilt erst einmal gegen seinen Landesvorsitzenden Manfred Carstens. Hatte der ihn doch "ausdrücklich gebeten", noch einmal zu kandidieren. Fast könnte man jetzt meinen, Carstens hätte ihn hinter Licht geführt, um ihn so loszuwerden. Und natürlich trägt - so Erich Maaß - auch CDU-Landeschef Christian Wulff einige Schuld an seinem politischen Versagen. Maaß will jetzt erst einmal Urlaub machen. Vielleicht schreibt er auch - wie viele Politiker - ein Buch. Einen Titel wüssten wir schon: "Wie man ohne ein Direktmandat immer wieder ins Parlament kommt".

PS.: Eigentlich hätte Maaß doch im September 1998 schon ahnen können, dass seine Zeit zu Ende geht. Denn Ehrungen gibt es meist am Ende einer erfolgreichen Tätigkeit oder beim Eintritt ins Rentnerdasein. Und eine Ehrung besonderer Art erfuhr Maaß kurz vor der Bundestagswahl 1998, als er aus den Händen der damaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth wegen seiner besonderen Verdienste um Volk, Staat und Europa das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhielt.

PPS.: Wundern muss man sich über eine Äußerung des frisch gekürten Bundestagsmitglieds Karin Evers-Meyer (SPD). Die bedauerte laut "WZ", dass Maaß den Sprung ins Parlament nicht geschafft hat. War das die neue Art des Umgangs mit dem politischen Gegner oder doch nur das Bedauern über eine nun geplatzte Fahrgemeinschaft? ■



Auf der Suche nach den Moorsoldaten

Am 9. November haben Interessierte die Gelegenheit, eine Fahrt zum Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) nach Papenburg zu fahren. Organisiert wird die Fahrt vom Deutschen Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der BürgerInneninitiative gegen Ausländerfeindlichkeit, dem Antifaschistischen Bündnis und der Jungen Antifa.

Vielen dürfte das DIZ als Gedenkstätte zu den 15 nationalsozialistischen Emslandlagern, die zwischen 1933 und 1945 bestanden, bekannt sein.

Zum Programm zählen Filme über Treffen ehemaliger Häftlinge der Lager, eine Einführung in die Entstehungsgeschichte und Arbeit des DIZ, Einblicke in Archive, Vorträge (z. B. über das "Lied der Moorsoldaten"), eine Führung durch die Dauer- und Sonderausstellung, sowie die Fahrt zur Gedenkstätte Esterwegen.

Die Busfahrt endet direkt am Synagogenplatz in Wilhelmshaven, wo im Anschluss eine Gedenkveranstaltung der Stadt, des DGB und der örtlichen Kirchen statt findet.

Weitere Informationen über die Fahrt/-kosten und Platzreservierungen bis zum 1. November bei Frau Jürgensen (DGB) unter 04421-18010 (mo-fr).

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier

Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Hau wech den Scheiß

Neues aus der Wilhelmshavener Kahlschlag-Chronik

(iz) Täglich verschwindet bundesweit etwa die Fläche von 12 Fussballfeldern unter Stein und Beton. Wilhelmshaven will auch hierbei nicht zurück stehen Die Folgen wurden allen Beteiligten und Unbeteiligten unlängst durch das Elbhochwasser vor Augen geführt. Wir schauen, wie unsere Stadt sich "engagiert" und werfen auch einen Blick an die Elbe.

Mitte September wurde ein Hausbesitzer aus Sillenstede zu 900 Euro Geldbuße verurteilt. Er hatte sechs 80 Jahre alte Weiden gefällt, deren Wert auf 35.000 Euro geschätzt wurde.

Anfang September wurden acht ca. 70 Jahre alte Buchen vor dem Neubau des "Villencarrés" (Holtermann-/ Fichtestraße) abgehackt und die Reste inklusive Wurzeln flugs beseitigt. Der Bauherr ging straffrei aus. NABU-Pressewart Werner Hoffmann hat (in der WZ) dazu alles gesagt; als Chronisten des lokalen Kahlschlags fassen wir den Vorgang (stellvertretend für viele vergleichbare) wie folgt zusammen: In der DIN 18920 sowie in den "Richtlinien für die Anlagen von Straßen, Abschnitt 4, Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen" (RAS-LP4) ist detailliert festgelegt, wie Baumbestände vor Schäden zu schützen sind. So muss vor Baubeginn ein Schutzzaun errichtet werden, und Verdichtungen im Wurzelbereich (durch Befahren oder Materiallagerung) müssen vermieden werden. Am pfiffigsten ist es natürlich, von vorn herein die Baugrenzen so zu planen, dass den Bäumen ausreichend Platz bleibt. Die Wohlfahrtswirkung großer Bäume - sie spenden Schatten und Sauerstoff, reinigen die Luft, gliedern und verschönern das Stadtbild - ist unschätzbar und durch Neuanpflanzung kleiner Setzlinge nicht auszugleichen.

In Wilhelmshaven scheint diese DIN-Norm nicht zu existieren. Auch die städtische Baumschutzsatzung ist, so Hoffmann, das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist. Die Schädigung der Bäume wird in vielen Fällen von vorn herein bewusst eingeplant (und genehmigt), die Baugrenzen scheinen wie von Gottes Hand unverrückbar vorbestimmt, und der Unteren Naturschutzbehörde wird das Messer auf die Brust gesetzt: Den Baumfrevler darf sie nicht verhindern, der Fällung halb ermordeter Bäume muss sie zwangsläufig zustimmen; diese Taktik wird nachher gern als vorbehaltlose Zustimmung der UNB zu Baumfällungen abgekürzt (=verfälscht).

Die Planungsheiterkeit der Gemeinde umfasst das Recht, dem Naturschutz Priorität vor dem privaten Eigentum einzuräumen. Darin liegt keine Verkennung der Bedeutung der privaten Belange. Das Eigentum ist nur in den Schranken des Gesetzes gewährleistet. So kann die Heranführung einer Bebauung in den Wurzelbereich von einhundertjährigen Bäumen und die Nutzung bis dicht an den Stamm verhindert werden. Insbesondere gilt dies, wenn Bausabsichten auch an anderer Stelle auf dem Grundstück realisiert werden können.

Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht Lüneburg, Urteil v. 15.3.2002 - 1 K 2405/00 - (zitiert aus "Natur und Landschaft" Sept. 2002)

Gefährliches Unkraut

Hinter einem verfallenen Mäuerchen an der Ecke Ebert-/Gökerstraße wuchsen jahrzehntelang Birken und Wildstauden vor sich hin und boten Vögeln und Insekten Nahrung und Zuflucht. Stolz meldete die WZ (3 Tage nach dem Buchenfrevler), dass dort "aufgeräumt" würde, und zwar deshalb, weil eben jene Zeitung diesen "Schandfleck" einige Zeit vorher angeprangert und das Grün als UN-Kraut enttarnt hatte (in dem wahrscheinlich UN-Tiere ihr UN-Wesen trieben). Rodung, Ausschachtung und Planieren hat sich die Stadt einiges Geld kosten lassen (und das, obwohl laut WZ noch gar keine anderweitige Nutzung in Sicht ist.) Überhaupt hat sich WZ-Schmid die Vernichtung städtischen Grüns, "wo es nichts zu suchen hat", auf die Fahne geschrieben. "Biotope auf Straßen und Wegen - da muss man irgendwann wuchshemmende Mittel einsetzen" (WZ 16.8.02), wenn nicht, mangle es wohl an "Courage". Als Kolumnist Jan bemüht Schmid (am 17.9.) eine Freundin, die Gästen das Kaiserdenkmal zeigen wollte und sich "richtig geschämt" habe, weil rings um den Sockel das Unkraut sprieße. (Wenn auch nicht, wie Jan schrieb, seit 1896 - dieses Denkmal wurde erst 100 Jahre später eingeweiht).

"Nun wird Wilhelmshaven ja vielfach die Grüne Stadt am Meer genannt, weil dieses Gemeinwesen an der Jade über eine Vielzahl von Plätzen, Parks und kleinen Anlagen verfügt" doziert Jan und bedauert, "dass das Grün in Wilhelmshaven in den vergangenen Monaten tüchtig in Verruf gekommen ist, weil es mittlerweile auch dort kräftig wächst, wo es nichts zu suchen hat." Das klingt wie "so las man in der WZ ... vor 25 Jahren". Der frühere PR-Slogan von der "grünen Stadt am Meer" wurde vor langer Zeit durch "Wilhelmshaven setzt Zeichen" abgelöst und das ist auch richtig so, denn fast überall da, wo besagte Grünflächen das Stadtbild prägten, haben Rat und Verwaltung Zeichen aus Stein und Beton gesetzt. Am Ende werden wohl nur Stadtpark, Kurpark (auch den hat die Reha-Klinik schon angeknabbert), Friedrich-Wilhelm-Park und Brommygrün bleiben (obwohl man die konsequenterweise auch überbauen müsste, denn dort sprießt das verhasste "Unkraut" en masse). Selbst eine

Unordnung akzeptieren

"Wenn man mich mit verbundenen Augen durch verschiedene Länder führte und mir hier zu Lande die Sicht freigäbe, wüsste ich sofort, warum ich in Deutschland bin: Weil nirgendwo eine so penetrante Ordnung in der Landschaft herrscht und nirgendwo die Gerade und die Sauberkeit so pervers zelebriert werden wie bei uns". (Hubert Weinzierl, Präsident des deutschen Naturschutzringes)

"Indem wir Wildnis ,mit ihrer Unordnung und ihrem Chaos 'als etwas Großartiges erleben und anzunehmen lernen, gelingt es vielleicht auch, den Einsatz von Mähern, Rasenkantenschneidern und Hochdruckreinigern zu drosseln, damit mehr Wildnis in unsere Alltagswelt einkehren zu lassen und gleichzeitig nicht mehr so viel Energie sinnlos zu vergeuden." (Herbert Zucchi, Prof. f. Ökologie an der Fachhochschule Osnabrück (zitiert aus "Natur und Landschaft" Sept. 2002)

Großstadt wie Hamburg mit ihren ausgedehnten Parks und Alleen hätte das Prädikat einer "grünen Stadt" vielfach mehr verdient als das heutige Wilhelmshaven.

"Unkraut" (also Wildstauden, -kräuter und -gräser) sucht sich überall dort seinen Platz, wo Flächen wenig genutzt werden; häufiges Befahren oder Betreten können die meisten Pflanzen schlecht vertragen. Ökologisch und ökonomisch sinnvoller wäre es, solche Bereiche, die offensichtlich als Nutzflächen überflüssig sind, zurückzubauen und zu entsiegeln; als Pflegemaßnahme würde gelegentlich Mähen reichen, was billiger und umweltverträglicher ist als das "Jäten" mit Motorsensen, Gasbrennern oder gar chemischen Bekämpfungsmitteln. Dass nur schwarze Beete mit Begonien und Co. (wie gegenüber dem Busbahnhof) "schön" sein sollen, ist Geschmackssache; viele Menschen (sowie Insekten und Vögel) freuen sich an der ganzjährig abwechslungsreichen Vielfalt blühender und grünender Wildpflanzen. Sie entscheiden lieber selbst - und anders als Politik und Tagespresse -, wo Wildpflanzen "etwas zu suchen haben".

100.000 Einwohner auf Beton

SPD-Chef Siegfried Neumann berichtete aus der jüngsten rotgrünen Klausurtagung, welche Anreize man schaffen wolle, um Neubürger zu gewinnen mit dem Ziel "100.000-Einwohner-Stadt". Dazu zählte, dass die Stadt sauberer und der Straßenzustand verbessert werden müsse, sowie Stadtteile mit Neubauinseln aufzuwerten. Über Geschmack lässt sich nicht streiten; es wäre

Jonathan



Naturkost

ES GEHT AUCH OHNE
CHEMIE UND ERDÖL:
NATURKOSMETIK, PFLANZENHAARFARBEN ...

Marktstr. 94, Tel. 04421/13438

ratsam, die "Zielgruppen" (wahrscheinlich vor allem junge Menschen) mal zu befragen, ob sie Neubauten und Zierbeete wirklich attraktiver finden als sanierte Altbauten und verwunschene Stadtbiotop, in denen Kinder noch mal unbeobachtet Indianer spielen und ihren Spielplatz selbst gestalten können.

Im April berichtete die WZ über ein Projekt am heilpädagogischen Kindergarten "Leuchtfener" der GPS: Eltern und Erzieherinnen schufen im Garten ein "grünes Klassenzimmer". "Eine Erzieherin wies ... auf Erkenntnisse hin, dass auf ... Betonflächen viel schneller Aggressivität heranwächst als in einem naturnahen Spielraum ... mit den auf Beton fehlenden Rückzugs- und Besinnungsmöglichkeiten für Kinder." Wilde Grünflächen sparen also außer Pflegekosten auch Streetworker.

Naturnaher Spielraum, steht im Bericht, sei zur Zeit noch selten, aber nach Ansicht von Fachleuten längst auf dem Vormarsch. Mag sein - aber nicht in Wilhelmshaven. Löblich und sinnvoll das Projekt der GPS - doch nur ein Wassertropfen im städtischen Ozean der Bauwut, der alle natürlich (und kostenlos) vorhandenen Naturerlebnisräume systematisch vernichtet. An ihre Stelle treten langweilige Neubauten, die keiner braucht (momentan sollen einige tausend Wohnungen im Stadtgebiet leer stehen) mit langweiligen, winzigen Normspielplätzen. Doch Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren fragt keiner - das sind weniger als 20% der Bevölkerung (mit abnehmender Tendenz) und wäh-

len dürfen die auch noch nicht.

Nachtrag

Kurz nach Fertigstellung dieses Beitrags erschien in der WZ (15.9.) ein Leserbrief des ehemaligen grünen Ratsmitgliedes und Umweltausschussvorsitzenden Werner Biehl. Auch er fordert den "Rückbau völlig überflüssig zugebauter Flächen" und erwartet einen Erkenntnisgewinn durch die Flutkatastrophe an der Elbe. Darüber hinaus stellt er fest, "dass die Wilhelmshavener SPD-/CDU-Koalition in Bezug auf ihre Contra-Umwelt-Arbeit weit über die Region hinaus als einmalig einzustufen ist." Was sagt uns sein Brief? Erstens: Wir stehen mit unserer Analyse lokaler Umweltpolitik nicht allein. Zweitens: Grüne (Ex-)Politiker können in der (vor allem außerparlamentarischen) Opposition deutlich mehr bewegen als unterm Knebel des Fraktionszwangs durch die große Schwester SPD.

Elfriede Griebisch hingegen schreibt am 28.9. dem Jan, auch im Stadtpark würde das Unkraut rausragen und man müsse die "Schandflecke" beseitigen, die die "Anlagen verschandeln". Das kommt unserem Szenario, konsequenterweise auch den Stadtpark zu betonieren, schon sehr nahe: Kahlschlag im Landschaftsschutzgebiet! ■



Nach uns die Sintflut?

Am selben Tag, als der Bagger im Biotop an der Ebertstraße in der WZ bejubelt wurde, gab es in Wilhelmshaven ein Benefizkonzert zugunsten der Flutopfer des Elbhochwassers. Über 300.000 Euro hatten die Bürger/innen bis dahin schon für ihre Patenstadt Tharandt gespendet. Das wäre ja alles ganz löblich, wenn es wirklich eine Investition in die Zukunft wäre. Dass die Elbflut keine Natur-, sondern eine menschengemachte Katastrophe war, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Zu den Sünden zählen die Abholzung des Erzgebirges (dessen Waldboden früher wie ein Schwamm Unmengen Niederschläge aufsaugen konnte), die Kanalisierung von Flüssen und die Verbauung natürlicher Flußräume durch Gebäude, Straßen und Deiche bzw. die Nutzung als Ackerfläche.

Milliarden Steuergelder sind in die Ausbaumaßnahmen geflossen; Milliarden fließen jetzt in die Beseitigung der Schäden, welche die ersten Milliarden angerichtet haben, die nun den "Bach" runter gegangen sind und dabei menschliche Existenzen - wirtschaftlich wie seelisch - mit sich gerissen haben.

Wird das jetzt alles anders? Umweltminister Trittin hat einen Ausbaustopp für Gewässer verordnet. Einen befristeten - denn so kurz vor der Wahl wollte er sich bei den Nutznießern des Umweltschadens nicht endgültig unbeliebt machen. Wenige Tage später wird mit Kanzler und großem Brimborium die Vernichtung einer der letzten naturnahen Flussmündungen an der Nordsee gefeiert: Das Emsstauwerk wird eingeweiht.

Am 17.9. beschließt der Bremer Senat die Finanzierung des Container-Terminals IV an der Wesermündung. Wirtschafts- und Häfen-

senator Josef Hattig (CDU) appelliert an die Bundesregierung, sich bei der Außenweservertiefung "nicht von Emotionen leiten zu lassen, sondern von Fakten" (WZ 18.8.02) und lehnt den Trittins Ausbaustopp ab.

Hattig redet von einigen Hundert Millionen Euro Emotionen. Dass sich Natur- und Umweltschutz auf Dauer emotional nicht durchsetzen lassen, haben Aufstieg und Fall der Umweltbewegung von Anfang der 1970er Jahre bis heute bewiesen. Die Flutkatastrophe hat auf drastische Weise vorgeführt, dass Leben und Wirtschaften gegen die Natur uns teuer zu stehen kommt; viele glaubten und hofften, dass nun - auf Grund der wirtschaftlichen Fakten, nicht der Emotionen - ein Umsteuern zu erwarten wäre. Weit gefehlt. Hattig und Co. bauen darauf, dass die "Solidargemeinschaft" (der BürgerInnen) auch zukünftig erst den Umweltschaden und dann dessen Folgen finanzieren wird. So wird jeder Bürger, der noch menschlich denkt und in Wilhelmshaven wie auch anderswo für Betroffene an der Elbe in den Sparstrumpf greift, an der Nase herumgeführt. Die Betroffenen sind nicht Opfer der Flut, sie sind Opfer des Kapitals. Zahlen müssten diejenigen, die Entscheidungen (gegen Mensch und Umwelt) getroffen und davon profitiert haben - und jetzt Mitgefühl heucheln.

Und was hat das nun mit gefälltten Birken und Buchen in Wilhelmshaven zu tun? Sie hätten nicht die Elbflut aufgehalten; jeder Quadratmeter zusätzlich versiegelter Fläche, auf der sie vorher standen, belastet allenfalls die städtische Kläranlage mit zusätzlichen 900 Litern Wasser jährlich. Aber sie stehen - nein: starben - für eine Mentalität, die im Ergebnis Katastrophen wie jetzt an der Elbe nach sich zieht.

Wilhelmshavener helfen e.V.
FairMarkt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88

Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 14 Uhr

Möbellager

im Textilhof Ulmenstraße

Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

leserbrief

In der August-Ausgabe nahm Hans-Günther Osterkamp Stellung zum WZ-Leserbrief "Aufgespültes Gelände für die Industrie gedacht" von Günter Voss. Herr Voss antwortet Herrn Osterkamp wie folgt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

so ist es bei den Jade Port Gegnern, keiner beantwortet die Fragen. Es wird immer nur alles schlecht geredet. Ich bin mir sicher dass die Arbeitslosen wissen was gemeint ist. Da braucht sich Herr Osterkamp nicht als Vormund einschalten. Ohne das früher aufgespülte Gelände wäre die Voraussetzung nicht so gut.

Man muss nicht jede Fläche gleich nutzen, es gibt auch Leute die kaufen sich ein Grundstück und bauen auch erst 20 Jahre später. Es wird doch einfach nur versucht die Politik in Wilhelmshaven schlecht hinzustellen.

Und wenn nur 200 Arbeitsplätze kommen würden, das heißt 200 Leute haben Arbeit. Es ist mir auch zu primitiv immer auf solche Behauptungen zu reagieren, die durch Tageszeitungen aus der gesamten Region zusammengestellt werden von den JWP Gegnern.

Da ich selber JWP Gegner kenne weiß ich dass es hauptsächlich um die Häuser und Grundstücke der JWP-Gegner geht. Herr Osterkamp meint ich solle mich mal bei den JWP-Gegnern informieren. Das mache ich seit Jahren. Aber ich sehe mir lieber Ohnesorg Theater an, da kann ich wenigstens lachen.

Ich sage der Jade Weser Port kommt und das ist auch gut so. Mal sehen was die JWP Gegner dann an neuen Geschichten haben.

Und Herr Osterkamp, Sie brauchen mir den Gegenwind nicht zuschicken, den lese ich seit Jahren selber, Ihnen sind nur Kosten entstanden, da Sie sagen Sie sind arbeitslos wäre es doch besser wenn man sein Geld in anständige Sachen investiert

Günter Voss
Papingastr. 8
26386 Wilhelmshaven

Zukunftsweisend

Oberbürgermeister Menzel formulierte seine Ziele als zukünftiger Verwaltungschef

(hr) Das Thema "Bürgerorientierte Stadt Wilhelmshaven" war am 19. September 2002 Inhalt eines Vortrages von OB Menzel bei der Initiative "Mündige Bürger Wilhelmshaven" (MBW). Als neuer Leiter der Verwaltung der Stadt hat er seine Ziele und Vorstellungen vorgetragen und Fragen beantwortet.

Da OB Menzel der erste von den BürgerInnen direkt gewählte Chef der Stadtverwaltung sein wird, war es wichtig zu erfahren, was die BürgerInnen ab 2003 von der (von ihm dann bis zum Jahr 2011 geführten) Verwaltung erwarten können.

Bei der Veranstaltung zeigte er erste zukunftsweisende und positiv zu bewertende Ziele auf. Um sie nicht im Raum stehen zu lassen, hat der OB eine Überprüfung erster Umsetzungsschritte in einer neuen Veranstaltung angeboten. Dieses Angebot wurde gern angenommen: Im September nächsten Jahres soll hierzu eine weitere Informations- und Diskussionsveranstaltung stattfinden.

Das Ziel "Bürgerorientierung" in Verwaltungen und politischen Gremien der Kommunen wird seit Jahren von vielen Städten in einem Netzwerk "Bürgerorientierte Kommunen" verfolgt und auch vom Deutschen Städtetag in der "Resolution für die Stadt der Zukunft" empfohlen. In Wilhelmshaven fehlen derzeit in Politik und Verwaltung weitgehend noch Akzeptanz und Umsetzungswille hierzu. Bürgerorientierung bedeutet u.a. auch, vermehrt auf die BürgerInnen, den Handel und die Wirtschaft zuzugehen und ihr Wissen und Engagement in städtische Entscheidungsprozesse einzubinden.

Die wesentlichen Ziele des neuen Leiters der Verwaltung der Stadt sind:

- Verbesserung der Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung durch Vernetzung der Ämter und Fachbereiche und Abstimmungen mit Betroffenen im Vorfeld, so dass nur noch optimierte Vorstellungen vertreten und dem Rat vorgelegt werden (z.B. Hafenkonzert; Schließung der Schule Coldewei)
- Bei Einzelaktionen und Entscheidungen der Verwaltung sollen in Zukunft längerfristige Aspekte und die daraus entstehenden Folgen berücksichtigt und Entscheidungen in übergeordnete längerfristig angelegte Konzepte eingebettet werden. (z.B. Bau von 7 Brunnen in der Bahnhofstraße, die oft sehr verdeckt bzw. außer Betrieb und zudem bei Veranstaltungen äußerst störend sind; Anlegen und Reparatur von Fahrradwegen ohne Gesamtkonzept für die Fahrradwege)
- Verbesserte Bürgernähe der Verwaltung durch Zugehen auf die BürgerInnen sowie verbesserte Information über Planungen und Entscheidungen. (z.B. "Offenes Rathaus", Pressearbeit, Nutzung von Veröffentlichungen im Internet, ggf. eigenes Informationsblatt der Verwaltung, Wilhelmshaven-Card der Stadt für Neubürger zum Kennenlernen von Kultur- und Sporteinrichtungen der Stadt)
- Zielgerichtete Einführung von E-Government ("Virtuelles Rathaus") für einen verbesserten Zugang der Öffentlichkeit zu Dienstleistungen der Verwaltung über das Internet und die damit verbundene Umstrukturierung der Verwaltung zur Effektivitätssteigerung (z.B. Anpassung interner Prozesse der Verwaltung an neue Schnittstellen zu den Bürgern, dem Handel und der Wirtschaft, etc.)

Die schnelle Durchsetzung der Ziele erfordert die starke Hand des Chefs, so die Meinung von Teilnehmern in Gesprächen nach der Veranstaltung. Eingefahrene, für die BürgerInnen und die Wirtschaft nicht immer optimale Verfahrensweisen in der Verwaltung sind nicht leicht zu ändern. Die Verwaltung der Stadt sollte sich jedoch zukünftig in eine sachorientierte Dienstleistungsverwaltung und Servicebetrieb für die BürgerInnen, den Handel und die Wirtschaft wandeln. Mit dem Bürgeramt wurden erste positive Ansätze aufgezeigt. Obrigkeitsdenken sollte der Vergangenheit angehören.

Die Einführung des E-Government muss schnell begonnen werden und, wie in anderen Städten auch, Chefsache sein, da hier die ganze Verwaltung von Umstrukturierungen betroffen ist und eine erhebliche Optimierung und Effizienzsteigerung zum Wohle der Stadt erreicht werden kann. Hierzu ist auch die politische Unterstützung durch den Rat erforderlich, da am Anfang auch investiert werden muss. Derzeit fehlt jedoch aus Sicht von Teilnehmern bei der im Rat seit Jahren alles bestimmenden Mehrheitsgruppe noch die Einsicht. Die vom OB genannte Einsetzung einer Person wird mit Sicherheit nicht ausreichen. Vielleicht kann die städtische Datenverarbeitung dazu mit eingesetzt und von anderen Kommunen gelernt werden. Auch hier ist ein Konzept und ein Plan erforderlich. Bund und Länder wollen z.B. ähnliche Modelle bis zum Jahr 2005 einführen.

Fragen und Diskussion

Im Zusammenhang mit der Schließung von Schulen wurde ein seit Jahren fehlendes Schulentwicklungskonzept angemahnt. Der OB wies darauf hin, dass ein Teilkonzept besteht, jedoch ein langfristig angelegtes integriertes Schulentwicklungskonzept für alle Schulen erstellt werden müsse, als Grundlage für Entscheidungen der Verwaltung und des Rates.

Für den Bereich des Jugendamtes fehlt ein Konzeptes für die Jugendhilfe. Durch unklare Kompetenzabgrenzungen, z. B. bei Meldungen durch Lehrer im Falle von langfristiger Nichtteilnahme von Schülern am Unterricht, passierte nichts.

Zu Fragen der Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven wies OB Menzel darauf hin, dass diese durch die WFG GmbH (mit der Stadt Wilhelmshaven und dem Wirtschaftsverband Wilhelmshaven-Friesland als Gesellschafter) erfolgt, und die Verwaltung diese Wirtschaftsförderung unterstützt. Hier muss jedoch die Frage gestellt werden, ob die Wirtschaftsförderung nicht besser durch einen hauptamtlichen erfahrenen Geschäftsführer zur Verbesserung der Wirtschafts- und der Ansiedlungsförderung besetzt werden sollte.

Auf Fragen zum Ersatz des Campingplatzes Geniusstrand und zum Verlust der Jugendherberge in Verbindung mit einem Tou-



ristikkonzept der Stadt wies der OB darauf hin, es sei für ihn nicht vorstellbar, dass kein Gebiet für einen Ersatz des Campingplatzes in Wilhelmshaven gefunden werden könne. Ein Ersatz für die Jugendherberge sei schwierig zu erreichen. Er werde jedoch erneut mit dem DJH-Landesverband sprechen.

Zum "Leitbild für die zukunftsorientierte Entwicklung Wilhelmshavens" wurde folgendes moniert: In die Planungen und die Erstellung der Ziele des "Stadtleitbildes Wilhelmshaven" wurde die Bevölkerung unzureichend integriert. Nur einzelne Gruppen wurden bei der Erstellung eines von der Firma Komet im Auftrag der WFG GmbH erstellten Leitbildes beteiligt und konnten Stellungnahmen dazu abgeben.

Bei der ersten von zwei geplanten öffentlichen Veranstaltungen der Kirche in Hepens zum Leitbild der Stadt sollte die Bevölkerung über einen Bereich des Leitbildes durch einen Professor aus Bremen informiert und anschließend darüber diskutiert werden. Trotz Einladung waren keine Vertreter der Verwaltung und vom Rat nur der Vertreter der WALLI anwesend. Fragen dazu wurden aufgrund der vorangeschrittenen Zeit nicht mehr gestellt. OB Menzel wies darauf hin, dass in der kommenden Woche wieder Gespräche zum Leitbild mit Vertretern der Wirtschaft stattfinden werden.

Die Tatsache, dass die BürgerInnen, der Handel, die Wirtschaft und auch die meisten Vertreter der BürgerInnen im Rat in Zukunft von Informationen über die Holding und deren Planungen ausgeschlossen werden, konnte ebenfalls wegen vorgerückter Stunde nicht mehr angesprochen werden. In diesem Zusammenhang muss gesagt werden, dass hier das *Vermögen der Bürger der Stadt* verwaltet und eingesetzt wird. Viele Aufgaben wurden und werden von der Stadt in die Holding verlagert. Aufgenommene Kredite und Schulden sind auch Schulden der Bürger, die nun nicht mehr im Haushaltsplan der Verwaltung der Stadt erscheinen und damit nicht öffentlich sind. Von der Opposition im Rat ist derzeit z.B. nur ein Vertreter im neunköpfigen Aufsichtsrat der Holding vertreten. Der neue Chef der Verwaltung, OB Menzel, ist zwar Aufsichtsratsvorsitzender, darf den restlichen Ratsmitgliedern und der Verwaltung aber keinerlei Informationen über die Holding geben, ebenso wie der Stellvertreter Adam und die Aufsichtsratsmitglieder Neumann und Gabriels (SPD) und Prof. Reuter (CDU). Eine bessere Kontrollmöglichkeit durch die gewählten Vertreter der Bürger im Rat und eine bessere Information der BürgerInnen ist zwingend erforderlich. Hier sind der Rat, d. h. primär die Mehrheitsgruppe, und der Chef der Verwaltung gefragt.

Ein immer wiederkehrender Hinweis auf Gesellschafts- und Aktiengesetze ist nicht ausreichend. ■

Kontakt: Initiative "Mündige Bürger Wilhelmshaven" (MBW), Postfach 1934, 26359 Wilhelmshaven; E-mail: MB-WHV@gmx.de

Verloren / Vermisst

Wilhelmshaven & Friesland Aktuell.

Das Sonntags-Blatt der Nord Medien AG strotzte von Anzeigen und Veranstaltungshinweisen, aber regelmäßig überraschte es mit Hintergrundberichten, die den Informationsrahmen der Brune-Presse sprengten. Viele Leser freuten sich über den friesisch-frischen Wind in der Wochenpresse. Der Ärger mit dem hiesigen Monopolverlag blieb nicht aus: Brune zettelte einen Preiskampf um die Anzeigenkunden an und versuchte auch auf juristischem Weg den Konkurrenten auszuhebeln (S. GEGENWIND Nr. 178 / April 2002 "Papierkrieger"). Nicht immer lag die Alternative zu Brunen "Guten Morgen Sonntag" sonntags vor der Haustür, und viele stellten Mutmaßungen über das rätselhafte Verschwinden ihres Exemplares an. So wurde "Wilhelmshaven & Friesland Aktuell" schon oftmals totgesagt - jetzt ist sie es wirklich.

Die Nordseepassage im City-Interessenverein.

Anfang September wurde mit viel Zirkus das 5jährige Bestehen der Nordseepassage gefeiert. "Die Stadt hat sich verändert", stellte OB Menzel fest. Womit er recht hat: Unübersehbar ist der Koloss aus Parkhaus, Einkaufs- und Vergnügungstempeln, der die Stadt jetzt in Ost-West-Richtung zerschneidet; unübersehbar sind die Leerstände in alteingesessenen Geschäftsvierteln wie Markt- und Gökerstraße. Wer sich den Absprung in die Passage nicht leisten konnte, ist über die Veränderung nicht so glücklich. Die Zusammenarbeit zwischen dem City-Interessenverein (CIV) und der Passage hat bislang vielleicht Schlimmeres verhindert. Doch "pünktlich" zum Jubiläum kündigte der Riese die Mitgliedschaft beim Zwerg CIV. Der DEGI Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH gehören außer der Passage noch 4 gewerblich genutzte Hochhäuser in Frankfurt/Main und eines in den Niederlanden. Die Passage fühlte sich bei den Aktivitäten des CIV zuwenig berücksichtigt; dieser gab den Vorwurf zurück: Die Passage hätte sich inhaltlich und finanziell nicht ausreichend im Verein engagiert. Was kümmert es den Riesen, wenn der Zwerg sich beschwert? Für DEGI-Geschäftsführer Martin Jochem war das unter der Passage verschwundene Baudenkmal auch nur ein "schlichter Bahnhof".

Lokalpolitiker beim Antikriegstag.

Jedes Jahr am 1. September findet am Krökel-Platz an der Werft-/ Ecke Börsenstraße eine Gedenkveranstaltung für die Opfer (deutscher) Kriege statt. Bisher wurde die Veranstaltung gemeinsam von Gewerkschaft und führenden Ratsvertretern (SPD / Grüne) getragen, die je einen Kranz niederlegten und auch einen Redebeitrag lieferten. Dieses Jahr gab es nur einen Kranz und (neben Gastredner Ludwig Baumann aus Bremen) nur eine Rede von Gewerkschaftssekretärin Dorothee Jürgensen. OB Menzel sagte gegenüber dem GEGENWIND, er sei an dem Tag nicht in Wilhelmshaven gewesen; es sei problematisch, alle Termine wahrzunehmen und zudem hätte er keine Einladung erhalten. In der Ratssitzung ergänzte er auf eine entsprechende Bürgeranfrage, er würde mit seinen Vertreterinnen die Teilnahme an sol-

chen Veranstaltungen besprechen und eigenständig (ohne Rückfrage bei Gremien) entscheiden. Er verwies auf seine Teilnahme an verschiedensten Veranstaltungen, die übers Jahr vor Ort zum Gedenken an Opfer des Naziregimes und der Kriege statt finden. Und schließlich hätte er den Fragesteller auch noch nie zum Volkstrauertag auf dem Ehrenfriedhof angetroffen. Das Beispiel war nicht so klug gewählt, denn der Opfer des Naziregimes zu gedenken oder gefallenen Wehrmachtssoldaten, sind zwei paar Schuhe.

Manche haben rot-grüne Ratsvertreter nicht wirklich vermisst, sondern fanden es eher konsequent, dass sie fortblieben. Auf einem Transparent stand zu lesen:



Denkmal-Lokomotive am Bontekai.

Aus Kostengründen soll nach dem Willen des Kulturausschusses der stählerne Blickfang verschwinden. Am see-luftigen Standort bedürfen die Bleche regelmäßig einer Überholung, und die kann nun nicht mehr aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit gefördert werden. Ins Feld geführt wurde auch das Sicherheitsrisiko. Vor allem für Kinder war das "begehbare" Verkehrsdenkmal sehr attraktiv, die Kletterei jedoch nicht ungefährlich - auch wenn im Straßenverkehr ungleich mehr Kinder verletzt oder getötet werden als durch Stürze von Denkmal-Lokomotiven, im Zeitalter der Versicherungsklagewut sind die Bedenken nachvollziehbar. Zusätzlich bemühte man - nach 20 Jahren! - das "Argument", die Lok habe keinen Bezug zur Stadt, da sie nie hier gefahren sei. Im Wattenmeer leben auch keine Kaimane (Seewasseraquarium) und hundert Meter neben der Lokomotive entsteht gerade ein Bau, der architektonisch null Bezug zu den umliegenden, teilweise liebevoll restaurierten Wilhelmshavener Bauten hat.

Als einziges Ausschussmitglied sprach sich August Desenz für den Erhalt der Lok aus. Geld hatte er zwar dafür noch nicht gesammelt, wie er dem GEGENWIND berichtete, aber Ideen, die wir mit ihm und Fraktionskollegen diskutierten. Es bestand Einigkeit, dass man durch einen Wetterschutz und Umzäunung zukünftig Korrosions- und Sicherheitsprobleme in den Griff kriegen könnte - auch am jetzigen Standort. Man wollte noch mal mit den Eisenbahnfreunden reden, hat aber wenig Hoffnung, das gute Stück noch für Wilhelmshaven retten zu können.

Campingplatz am Geniusstrand. Das Genehmigungsverfahren für den Jade-Weserport ist noch lange nicht abgeschlossen, doch am 11.9. erfuhren die Camper "rechtzeitig" zur Feier des 30. Jubiläums - aus der Tageszeitung! - dass der Pachtvertrag zum 31.12.2003 gekündigt werden soll. WPG-Chefin Aida Kleinschmidt erläuterte eine Woche später, die beplanten Grundstücke um den



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
 Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Geniusstrand sollen mit Einleitung der Bauleitplanung für den JadeWeserPort geräumt (beplanbar) sein. Eine frühere Information sei nicht möglich gewesen; vielleicht sei eine Nutzung auch in der Saison 2004 noch möglich.

Die Wilhelmshavener Alternative Liste (WALLI) bemüht sich seit Monaten darum, dass die Flächen erst dann geräumt werden, wenn der JWP tatsächlich gebaut wird: "Mit der jetzt angestrebten Kündigung und dem Rückbau des Geländes bis Mitte 2004 besteht die Gefahr, dass Campingplatz, Restaurant usw. abgerissen werden, bevor eine definitive Entscheidung zum Bau des JWP getroffen ist. Das könnte fatale Folgen für Wilhelmshaven haben, wenn der JWP, aus welchen Gründen auch immer, nicht gebaut wird. Wilhelmshaven wird dann die finanzielle Last des Rückbaus getragen haben und weder die finanziellen Mittel für einen Wiederaufbau haben, noch werden abgewanderte Camper wieder zurück kommen." Seit dem 8. August liegt der Verwaltung zu der Thematik ein umfangreicher Fragenkatalog der WALLI vor, der bisher noch nicht bearbeitet wurde. U. a. möchte die WALLI wissen, wie hoch die Kosten für den Rückbau geschätzt werden; wie viele Mitarbeiter - städtisch und privat - im betroffenen Bereich beschäftigt sind (und was aus ihnen wird); wie hoch die momentanen Einnahmen der Stadt aus dem betroffenen Bereich sind; ob es Gutachten gibt über eventuelle Arbeitsplatzverluste im Bereich Gaststätten, Hotel und Einzelhandel, welche durch den Kaufkraftverlust zu erwarten sind; und ob zum Auflösungstermin ein neuer Campingplatz in Wilhelmshaven fertig sein wird

Der Eisenstein. Normalerweise wäre in dieser Oktoberausgabe der Bericht über das internationale Filmfestival erschienen, das im zweijährigen Rhythmus in Wilhelmshaven statt fand. Wenn irgendeine Veranstaltung geeignet war, dem kulturellen Potenzial unserer kleinen Stadt zu Weltruf zu verhelfen, so war das sicher nicht das Kaiserdenkmal oder die Expo am Meer, sondern dieser Wettbewerb insbesondere für Nachwuchsfilmer. Hervorzuheben ist das Engagement von Stefan Leimbrinck (Pumpwerk) und Michael Kundy (Apollo), aber auch vielen anderen haupt- und ehrenamtlichen Helfern, das die Veranstaltung von Mal zu Mal - in Zahl und Qualität der Bewerbungen - wachsen ließ. Im Mai 2002 wurde das Wilhelmshavener Filmfestival aus finanziellen Gründen zu Grabe getragen. ■

Hilflose Helfer

Warum Mitmenschlichkeit auf Hindernisse stoßen kann

(iz) Fast jeder ist schon mal über einen Mitmenschen gestolpert, der hilflos auf der Straße liegt. Mancher sieht weg, aber (hoffentlich) die meisten rufen einen Rettungswagen, die Polizei oder andere Unterstützung herbei. Und können es nicht begreifen, wenn ihr Hilferuf auf taube Ohren stößt. Wir haben die Hintergründe erfragt.

Anlass ist ein Vorfall vom 2. September, den uns ein Leser schilderte: *“Gegen 12.15 Uhr ging ich über den Rathausplatz und sah direkt vor dem Finanzgebäude in der Ecke beim Wahlamt einen Mann (ca. Anfang 30) liegen. Zwei Personen standen neben ihm. Der Mann war nicht ansprechbar, volltrunken, sah in die grelle Mittagssonne, so als würde er das gar nicht mehr registrieren. Eine Zeitlang stellte ich mich dann vor ihn, um seine Augen zu schützen. Die meisten Leute gingen achtlos vorbei.*

Eine der beiden Personen, die bereits bei ihm waren, hatte um 12.13 Uhr die Feuerwehr unter Notruf 112 gerufen. Die wollten gleich kommen. Gegen ca. 12.35 Uhr rief er in meinem Beisein erneut die Feuerwehr. Die Feuerwehr antwortete sinngemäß, die Polizei sei auch schon angerufen worden, der Mann sei bekannt, sie würden nicht kommen.

Zwischenzeitlich kam ein Bekannter von mir vorbei und verstand ebenfalls nicht, warum die Polizei nicht kam. Dann kamen zwei junge Frauen und sagten mir, sie hätten einen Krankenwagen gerufen, der käme immer noch nicht. In dem Augenblick fuhr ein Polizeiwagen auf den Rathausplatz und parkte vor dem Cityhaus. Eine der beiden Frauen ging zu den gerade aussteigenden Polizeibeamten, da wir der Meinung waren, die hätten sich etwas verfahren. Ich selbst winkte zu den Beamten, damit sie zu dem hier liegenden Mann kommen. Zunächst gingen sie tatsächlich ca. 10 Schritte auf uns zu, drehten dann wieder um, gingen ins Cityhaus und fuhren danach wieder weg.

Danach sahen wir, wie aus zwei Fenstern im ersten Geschoss des Finanzamtes direkt in Höhe des auf dem Pflaster liegenden Mannes zwei Mitarbeiter uns zuriefen, sie hätten schon bei der Polizei angerufen. Die Polizei würde nicht kommen, erklärten die beiden. Einer stellte die Frage, ob hier nicht unterlassene Hilfeleistung seitens der Polizei vorliegt und so wie ich ihn verstanden hatte, hat er diese Frage sogar der Polizei gestellt und zur wohl sinngemäß zur Antwort bekommen, der Mann könne sich auf dem Rathausplatz ausschlafen.”

Wie wird mit Hilfsbedürftigen verfahren?

Wir fragten zunächst bei der Polizei nach. Pressesprecher Hans-Gerd Ahlrichs teilte uns mit, dass grundsätzlich, wenn solche Anrufe bei der Leitstelle eingehen, ein Streifenwagen geschickt wird. In der Regel ist er binnen zehn Minuten am Ort des Geschehens. Er schilderte eine häufige Situation: Ein Obdachloser / Alkoholkranker sitzt auf einer Bank. Die von Dritten gerufenen Beamten überzeugen sich vor Ort, dass ihm nichts passieren kann, und lassen ihn sitzen. Kurz danach der nächste Anruf für dieselbe Person, die sich vielleicht mittlerweile zum Schlafen hingelegt hat: Dann gibt es keine erneute Überprüfung. Für manche “Kunden” (Red.) geht laut Ahlrichs fast täglich ein Anruf ein.

Ein Mitarbeiter der Diakonie gab uns folgende Auskunft: Wenn so aufgefundene Personen dort hingebracht werden, erhalten sie Beratung im Tagesaufenthalt, Reisende auch ihren Tagessatz an Sozialhilfe. Alkoholiker bzw. Polytoxikomane würden die Hilfe häufiger in Anspruch nehmen. Bei Eigenverschulden des Betroffenen geht die Rechnung für den Rettungsdienst direkt an ihn oder sie; die Kostenübernahme kann dann schwierig werden.

Das städtische Ordnungsamt konnte uns nicht direkt weiterhelfen, da es nur für Obdachlose zuständig ist. Der Mitarbeiter informierte jedoch von sich aus die Feuerwehr, die sich schon bei uns meldete, ehe wir von uns aus anriefen. Michael Weiser, dort u. a. zuständig für die Organisation des Rettungsdienstes, versicherte uns, dass alle Personen - ob verletzt oder alkoholkrank - dort gleich behandelt werden. Der Rettungswagen fährt auf Anfrage in jedem Fall hin und prüft, ob ein Krankentransport bzw. ärztliche Hilfe erforderlich ist. In der Regel kommen die Leute ins Krankenhaus, erforderlichenfalls in psychiatrische Behandlung. Falls dies nicht der Fall ist, wird der Kunde auf Wunsch bzw. ärztlichen Rat auch nach Hause gebracht. Im Einzelfall geht es mit dem Taxi zur Diakonie.

Für die Bereitstellung, also die Anfahrt des Rettungswagens werden 91 Euro berechnet; für den Rettungstransport 145 Euro. Wird ein Notarzt dazu geholt, betragen die Gesamtkosten 373 Euro (jeweils inkl. MWSt.) Aus rechtlichen Gründen zieht die Feuerwehr immer einen Arzt hinzu.

Normalerweise werden die Kosten von der Krankenkasse oder, falls der Betroffene nicht versichert ist, vom Sozialamt übernommen. Es kommt aber auch vor, dass die Forderungen niedergeschlagen werden, der Rettungsdienst also auf seinen Kosten sitzen bleibt; für Weiser aber kein Grund, nicht jedem Hilferuf erst einmal nachzugehen.

Warum blieb hier die Hilfe aus?

Laut Weiser kann es (wie auch bei der Polizei) zu Engpässen bei Fahrzeugen und Personal kommen, so dass eine sofortige Reaktion auf den Notruf nicht möglich ist. Ebenso wird nicht mehr ausgerückt, wenn eine Person bereits untersucht und als nicht hilfebedürftig eingestuft wurde und dann wegen derselben Person erneut angerufen wird. Als Beispiel nannte er eine “Fete” von sechs Obdachlosen im “Knochenpark” an der Gökerstraße, deren Teilnehmer schließlich bewegungslos herumlagen, weshalb verschiedene besorgte Mitbürger unentwegt anriefen. Die Fete wurde deshalb schließlich “aufgelöst”.

Herr Weiser wollte mit seinem Disponenten besprechen, weshalb am 2.9. mittags kein Fahrzeug ausrückte. Auch Herr Ahlrichs von der Polizei wollte diesen konkreten Fall überprüfen lassen. Bis Redaktionsschluss lagen uns hierzu noch keine neuen Informationen vor. Es lässt sich also nur vermuten, dass Feuerwehr und/oder Polizei wegen dieser Person am selben Tag bereits vor Ort gewe-

sen sein müssen; auf Grund einer “Ferndiagnose” dürften sie den Betroffenen nach eigenen Angaben nicht einfach liegen lassen. Auf jeden Fall haben die Informationen, die wir von unserem Leser erhalten haben, und dann unsere Nachfragen Bewegung in die Sache gebracht. Das Ordnungsamt hat ohne unser Zutun die Feuerwehr informiert und diese hat von sich aus Kontakt zu uns aufgenommen. Der Fall soll überprüft werden, und alle Angesprochenen waren sich einig: “Im Zweifelsfall immer anrufen!” Der Anrufer wird, wie Herr Weiser betonte, bei Einsätzen, die sich im Nachhinein als überflüssig erweisen, nicht für die entstandenen Kosten herangezogen. Vermutlich wird es so schnell nicht wieder passieren, dass die Hilfe ausbleibt bzw. die Anrufer einfach abgebügelt werden, ohne sie über die Hintergründe zu informieren. ■

Kommentar

Hilfreiche Botschaften

MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen sind einige wenige “schwarze Schafe” bekannt, denen es selbstverständlich erscheint, regelmäßig per Krankentransport nach Hause gebracht zu werden (sofern sie ein Zuhause haben). In einem bekannten Fall häufen sich in der Wohnung die Rechnungen für die Transporte, die er nicht bezahlen kann bzw. gar nicht mehr wahrnimmt. Man sollte sich jedoch hüten, solche Fälle als “Schmarotzer” zu verurteilen. Diese Menschen leben abseits der “normalen” Gesellschaft und sind häufig seelisch krank bzw. abhängig von Alkohol oder anderen Drogen. Für jene, die sich mit ihnen befassen (müssen), sind sie anstrengend, aber nicht untragbar für eine Gesellschaft, die an ihrem Zustand nicht unschuldig ist. Hilfsbereitschaft im Alltag ist leider keine Selbstverständlichkeit. Um so mehr sollte sie honoriert werden. Da stimmt uns auch der Pressesprecher der Polizei zu. Die Gründe, weshalb “Dauerkunden” von Polizei und Rettungsdiensten liegen gelassen werden, sind nachvollziehbar - sofern der Gesundheitszustand bereits aktuell überprüft wurde. Für hilfsbereite MitbürgerInnen ist es jedoch die falsche Botschaft, wenn dies kommentarlos geschieht. Soviel Zeit muss sein, ihnen die Hintergründe, die wir hier zusammengetragen haben, zu schildern - und ihnen ausdrücklich für ihr Engagement zu danken.

Imke Zwoc

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL
KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

KLING KLANG-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLANGINFO@AOL.COM

Demokratie oder Kapitalie?

Manche Worte sollte man auf die Goldwaage legen

(red) Am 8.9. berichte "Guten Morgen Sonntag" über einen Aufenthalt von ukrainischen SchülerInnen in der Jadestadt. Klingt erst mal gut; schließlich wird Kindern, die heute noch unter gesundheitlichen Folgen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl leiden, auch regelmäßig ein Erholungsurlaub an der Nordsee ermöglicht. In diesem Fall scheint es aber weniger um die körperliche als um die ideologische Gesundheit der Jugendlichen zu gehen.

Vorab: "Guten Morgen Sonntag" (GMS) erfreut immer mal wieder durch interessante Hintergrundberichte, in denen alle Betroffenen zu Wort kommen, ohne dass die Verfasserin dem Ergebnis die "herrschende" Meinung aufdrückt. Bei besagtem Bericht wurden allerdings - im Bemühen um politische Korrektheit? - einige Begriffe durcheinander geworfen.

Auf der Titelseite steht zunächst "Zehn Schüler(innen) als Hoffnungsträger für eine ukrainische Diktatur". Im Artikel wird aber deutlich, dass die Jugendlichen nicht die Zukunft der Diktatur in ihrem Lande sichern sollen, sondern einen Aufbruch in die Demokratie.

Spaß beiseite. Dass man unterm Druck des Erscheinungstermins schon mal betriebsblind wird und ein Wort schreibt, das man gar nicht meint, kann jedem Schreiberling passieren - da wollen wir gar nicht klugscheißen. Jetzt geht's aber ans Eingemachte: In Weißrussland herrschten "Zustände wie zu Hitlers Zeiten", klagt im Artikel Ute Göpfert, die die Schülerreisen organisiert, und beschreibt neben dem totalitären Polizeistaat auch die schlechte Nahrungsmittelversorgung. Bei Hitler gab's allerdings - jedenfalls vor dem Krieg - genug zu essen, deswegen haben ihn die Deutschen ja auch gewählt.

Ansonsten ist sein Menschen verachtendes, Tod bringendes Regime bis heute mit nichts in der politischen Geschichte zu vergleichen; man kann ja andere Regierungen kritisieren, aber von solchen Aussagen sollte man besser die Finger lassen. Das hat auch Herta Däubler-Gmelin gespürt, die wegen eines Hitler-Bush-Vergleiches gerade ihr Amt als Bundesjustizministerin verloren hat.

Liebe geht durch den Magen

"Demokratie beginnt im Kopf" betitelt GMS den Bericht. Die Annehmlichkeiten der deutschen Demokratie werden den SchülerInnen dann aber doch über den Bauch vermittelt: Die Gäste werden - damit sie sich nicht von den hiesigen MitschülerInnen unterscheiden - mit neuen (Marken-)Klamotten ausgestattet - Konsum-Uniformen, die nicht gerade selbstbewusste Freigeister prägen. Krönung des Programms ist dann eine Einladung der Rotarier ins Hotel Kaiser "zu einem eleganten Abendessen in gehobener Atmosphäre" - denn: "Auch das gehört zu einer Demokratie." Da hat sich die Autorin nun voll im Wörterbuch verblüht. Sie meint natürlich: "Auch das gehört zum Kapitalismus."

Die Kritik muss sich zwar eher gegen die Veranstalter als die Redakteurin richten, andererseits hätte diese - sofern sie nicht auch

von dieser Herangehensweise an internationale Jugendarbeit überzeugt ist - kommentierend eingreifen oder zumindest distanzierter zitieren müssen.

Das Ganze erinnert daran, wie bis 1989 der Besuch aus der Ostzone postwendend in den nächsten Supermarkt geschleift wurde, um ihm das bessere Deutschland vorzuführen, und dann wurde eingekauft und gegessen wie sonst höchstens zu Weihnachten. Demokratie geht also nicht durch den Kopf, sondern durch den Magen?

Frau Göpferts persönliches wie finanzielles Engagement in allen Ehren - aber wenn das wirklich so abläuft wie in GMS geschildert, können einem die Jugendlichen nur leid tun. Deutschland ist nicht der Himmel, und woanders ist nicht nur die Hölle. Kein Wort darüber, was die Gastgeber von den jugendlichen Gästen über die Menschen ihres Landes lernen könnten - vielleicht mehr Herzlichkeit und mehr Zusammenhalt?

So fahren sie wieder nach Hause und sind traurig, keine Demokratie zu haben, weil sie dort keine Reebok-Shirts kaufen und kein Schweinelendchen an Senfsauce neben Buttermöhren essen können. ■



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Böser denn je

Das neue Buch von Ebermann & Trampert ist erschienen / Autorenlesung am 11.10. in Wilhelmshaven

(iz) Wie soll man ein Buch rezensieren, das man am liebsten gleich allen Freunden und Bekannten vorlesen möchte? Erstens ist man dann schon befangen, zweitens weiß man nicht, wo anfangen und wo aufhören mit dem Zitieren. Am besten können das die Autoren selbst - z. B. am 11. Oktober in der "Perspektive".

"Sachzwang & Gemüt", so der Titel, das sind auf 300 Seiten sarkastische und analytische Texte "über die Republik, die Welt und unsere Nachbarn." Wer die Autoren kennt und sich den Titel auf der Zunge zergehen lässt, weiß schon ungefähr, worum es geht - und wie es geht: Zitate und O-Töne aus den Medien werden in einen neuen Rahmentext verpackt, der sie in einem neuen und aus linker Sicht richtigen Licht erscheinen lässt. Das Ergebnis ist einfach urkomisch, auch wenn die eigentliche Thematik (z. B. der Brechmitteleinsatz bei als Drogendealern verdächtigen Personen in Hamburg) bitter ernst ist. Dieses stilistische Mittel macht die Lesungen mit verteilten Rollen für O-Ton und Rahmentext zu einer Herausforderung für politische Wahrnehmung wie Lachmuskeln. Durch die Vielfalt der Quellen und die Treffsicherheit der Zitate gewinnt man den Eindruck, die beiden würden sich unentwegt durch etliche deutsche Tageszeitungen, Zeitschriften und Fernsehprogramme arbeiten. Tatsächlich sind sie, wie Thomas Ebermann dem GEGENWIND erzählte, "Stoßarbeiter". Sie haben ein Gefühl dafür, welches Thema sich zu einer Re-

alsatire entwickeln kann und sammeln dann gezielt dafür, um den Text dann in einem Rutsch niederzuschreiben. Das zeigt andererseits, wie beliebig die Lektüre unserer gleichgeschalteten Medien ist, um den dort verbreiteten Schwachsinn analysieren zu können.

Manchmal reicht ein einziger Artikel, zum Beispiel aus der *Wirtschaftswoche*, als Quelle für Klassiker wie Rainer Tramperts "Furtwangen" (über Deutschlands einzige Stadt, "wo das Arbeitsamt einen Balkon hat" - und wo Bundesweit die höchste Selbstmordrate zu verzeichnen ist). Für seinen Artikel über die Fußballweltmeisterschaft hat er wiederum täglich die Bildzeitung studiert. Die beiden haben sich wahrhaftig nichts erspart: Für "Volkstrauer um H." hat Ebermann gleich zwei Biografien über Hannelore Kohl gelesen - und dazu natürlich kritische Sekundärliteratur über das Dritte Reich, in der leider auch Hannelores Familie und Freunde eine bedeutende, aber nicht gerade positive Rolle spielen. LeserInnen der Regenbogenpresse würden sich einen Strick nehmen, bekämen sie Ebermanns Zusammenschau zu lesen (es sei den, sie moch-

ten Josef Mengele). Der Fall wird wohl nicht eintreten. Um "Sachzwang und Gemüt" zu lesen und vor allem zu verstehen, muss man schon linksintellektuell vorgeprägt sein bzw. zumindest dem medialen und politischen Mainstream der Republik kritisch gegenüberstehen.

In diesem Sinne haben die Autoren eine Gratwanderung gewagt: Auf etwa 200 Seiten Satire folgen 100 Seiten theoretisch-analytische Texte. Immer noch leichter lesbar als in vergleichbaren Publikationen, aber gegenüber dem ersten Teil schwere Kost. Wer sich erst durch diese Theorie durcharbeitet, um die Satire darauf zu verstehen, ist hart im Nehmen.

Unterm Strich ist *Sachzwang und Gemüt* das Buch, auf das der kritische Teil der Deutschen gewartet hat. Die meisten Texte sind neu und aktuell bis etwa Juli 2002. Dabei wird man, wenn man nach bestimmten Ereignissen sucht, im besten Sinne überrascht; so hält Trampert in "Die Tempelwächter" eine unnachahmlich kompakte und in dieser Form bisher fehlende Rückschau auf die Folgen des 11.9.2002. Daneben wurden einige Beiträge aus 1998/99 aufgenommen, die schon Inhalt der letzten Lesereise waren, die man aber immer wieder lesen und hören möchte.

R. Trampert / T. Ebermann: *Sachzwang & Gemüt*. EUR 19.90. ISBN 3-89458-213-8

Sachzwang und Gemüt
Lesung mit
Thomas Ebermann und Rainer Trampert
Freitag, 11. Oktober 2002, um 20 Uhr in der
"Perspektive", Wilhelmshaven, Schellingstr. 21,
Tel. 04421-301397.

Ratssplitter

vom 18. September 2002

XXX Bewegung brachte Ratsherr von Teichman (FDP) in die Versammlung: Er stellte einen Dringlichkeitsantrag zur weiteren Entwicklung des Handelshafens. Der Forderungskatalog beinhaltet Entscheidungen über die Hafentorbrücke, die hafenwirtschaftliche Nutzung der Schleuseninsel (nördlich der Schleusenstraße), Standortsicherheit für die am Handelshafen ansässigen Unternehmen sowie Neuanordnungen, Neubau der Deichbrücke sowie Aus- und Neubau von Kaianlagen.

In der Regel werden solche Anträge der Minderheitenfraktionen von der rotgrünen Mehrheit abgeschmettert. So kurz vor der Wahl mochte sich SPD-Chef Neumann beim Thema "Arbeitsplätze" jedoch nicht die Butter vom Brot nehmen lassen, zumal die WZ das Problem hochgekocht hatte und Mitarbeiter der betroffenen Firmen vorm Ratssaal demonstrierten. Sie befürchteten Konflikte zwischen der wirtschaftlichen Nutzung und einer möglichen Erweiterung der Wohnbebauung am Innenhafen. Jadestahl musste zwecks Emissionsschutz bereits seinen Schredder einhausen lassen.

Neumann sah "keine Dringlichkeit", aber "aus Gründen der Demokratie" wurde der Dringlichkeitsantrag angenommen und die Sitzung abwechselnd für Besprechungen der SPD, der CDU und des Verwaltungsausschusses unterbrochen. Der Alternativantrag lautete dann sinngemäß: "Das Hafekonzept wird behandelt wie die Bauleitplanung" (die Anregungen und Bedenken von Betroffenen einschließt). Von Teichman war das nicht konkret genug; für Neumann enthielt dessen Papier "Selbstverständlichkeiten". Ratsherr Rech (CDU) erinnerte an eine Bereisung des Gebietes vom Mai 99 und betonte, dass nun wirklich was passieren müsse: "Wenn die (Betriebe) sensibel werden, wandern sie ab." Abschließend hoben vier Ratsherren (FDP, Walli, Rep) den Finger für den FDP-Vorschlag, die große Mehrheit entschied sich für die Formulierung des Verwaltungsausschusses.

XXX Ein geschützter Landschaftsbestandteil (GLB) wird jetzt die "Allee im Heppenser Groden". Als Vorsitzende des Umweltausschusses erläuterte die grüne Ratsfrau Kümmel den Schutzzweck: Der vielschichtig strukturierte

Gehölzstreifen wird durch 280 Winterlinden geprägt, die beidseitig des schmalen Klinkerweges vor einigen Jahrzehnten gepflanzt wurden. Weitere heimische Baumarten wie Feldahorn, Weißdorn, Rotbuche und Haselnuss ergänzen den wertvollen wie idyllischen Lebensraum. U. a. ist er jetzt vor Rodungen bzw. Pflanzenentnahmen, Versiegelungen, Ablagerungen oder Veränderungen der zugehörigen Gräben geschützt.

Kümmel kündigte an, dass sich der Umweltausschuss noch mit weiteren schützenswerten Landschaftsbestandteilen beschäftigen wird. Da haben sie sich einiges vorgenommen: 56 Flächen sind im städtischen Landschaftsrahmenplan von 1999 für diese Schutzkategorie vorgeschlagen. Einiges davon hat sich zwar zwischenzeitlich "erledigt" (z. B. wurde die Wurt am Friedhof Aldenburg überbaut) - aber um so mehr sollten sich die Öko-Fachleute im Rat ranhalten. Im Juni 2002 war die Fläche am Rüstinger Berg abgearbeitet worden. Alle zwei Sitzungen ein GLB - 11 Sitzungen im Jahr: Da ist der Ausschuss erst in 10 Jahren mit durch, und Bagger sind in der Regel viel schneller. Als Motivationshilfe gibt's für die Allee schon mal ☆☆☆☆.

XXX Es kneift an allen Ecken und Enden und so gab es auch in dieser Sitzung wieder Nachbewilligungen für den Haushalt: für Schulungen der städtischen Auszubildenden, für die Qualifizierung von Führungskräften und für die Kulturverwaltung. Nur 20.400 der insgesamt 108.000 € sind durch Minderausgaben an anderer Stelle gedeckt. Ergänzt wurden noch 58.000 € für die (bauliche) Einrichtung der zweiten Kindergartengruppe in Fedderwarden, die in gleicher Sitzung beschlossen wurde - ebenfalls ungedeckt, aber es besteht nun mal ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, und die Eltern haben lange genug dafür gestritten.

Ratsherr von Teichman hätte das "Schulgeld" für die Führungskräfte (31.900 €) lieber in den Grundschulen gesehen. Neumann erläuterte, die Fortbildungen seien im Zusammenhang mit der städtischen Holding zu sehen: "Weniger Leute sollen mehr Arbeit erledigen." Stadtrat Frank versprach, bis

Jahresende für die Deckung der offenen Beträge zu sorgen; im übrigen sei die städtische Haushaltslage nicht, wie von Teichman behauptet, "prekär"; andere Kommunen würden unter prekär etwas anderes verstehen. Von Teichman stimmte gegen die Nachbewilligungen, sein FDP-Kollege Schadewaldt mit der Mehrheit dafür. Die Begründung für den Nachschuss an die Kulturverwaltung (25.000 €): "Das Jubiläum des

Jadevertrages bietet ausgezeichnete Möglichkeiten zur Werbung für die Stadt. Sollte diese Möglichkeit nicht genutzt werden, ist mit einem hohen Imageschaden bzw. -verlust für die Stadt zu rechnen". Nicht auszudenken: Da wartet die ganze Republik seit Jahren auf die Jubiläumsfeiern zum Jadevertrag - wie peinlich wäre es, wenn wir da nicht dran denken würden! Gut, dass an alles gedacht wurde: "Für 2003 werden 50.000 € benötigt".

XXX Umstritten blieb der Beschluss über die Gründung eines "Netto-Regiebetriebs Grundstücks- und Gebäudeservice (NRB GGS)". CDU und FDP hatten stets Bedenken geäußert, wenn es um die Umstrukturierung städtischer Aufgaben in Richtung der Holding ging: Sie fürchteten, der Einfluss des Rates sowie die Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge (VOB) könnten dadurch ausgehebelt werden. Für die CDU waren mit dem vorgelegten Konzept die Zweifel ausgeräumt (Ratsherr Reuter:



Zweiladung

Wie schon im letzten Jahr, möchte die WALLI auch im Jahr 2002 wieder in gemütlicher Runde mit allen Interessierten zusammen sitzen und einfach einmal wieder klönen.

Das Treffen findet im Pumpwerk (Metropol) statt.

Merkt euch einfach den 23. Oktober, 19:00 Uhr.

Wir laden euch herzlich ein. Wir liefern den Raum, Stühle und Tische. Getränke usw. liefert das Metropol. Bezahlen dürfen unsere Gäste wieder selbst.

Bitte anmelden unter: (04421) 987272, 502858

oder über www.walli-whv.de

Es sind aber auch Überraschungsgäste WILLKOMMEN!!!

"Warum nicht gleich so?"), von Teichman blieb jedoch skeptisch. "Einhaltung der VOB" bedeute gar nichts - die sähe auch freihändige Vergabe vor. Mit Grausen sieht er den 15 Mio € Kreditaufnahme für die Schulsanierung entgegen. Laut Stadtrat Frank steht die öffentliche Ausschreibung an oberster Stelle, und diese Vorgaben könne man nicht aushebeln. Frank: "Nur wer die Stadt verschulden oder keine Schulsanierung will, ist gegen den Nettoregiebetrieb". Neumann beschloss die Diskussion mit eigener Mathematik: Investive Ausgaben seien keine Schulden - die Bankkredite für sein Haus seien auch keine Schulden, sondern eine Investition für die Zukunft. Die Gründung des "NRB GGS" wurde mehrheitlich beschlossen.

XXX Das übliche Geplänkel zwischen klassischen Kontrahenten der verschiedenen Parteien bzw. der Verwaltung kommentierte Ratsvorsitzender Menzel mehrfach mit "jetzt steht's 1:1" oder "jetzt steht es wieder unentschieden". Hat ihn das SVW-Fieber gepackt oder war es die Vorfreude auf das abendliche Handballspiel - das die Wilhelmshavener dann knapp vergeigten? Zum Trost verleihen wir ihm mal ☆☆☆ für launige Moderation.

XXX Einwohnerfragestunde. Eine Bürgerin erkundigte sich nach dem Modus für die Beprobung von Gewässern. Anlass waren Erkrankungen von Leuten, die in der Maade gebadet hatten. Der Ton und die Ausführlichkeit, wie Stadtrat Stoffers der Bürgerin antwortete, ist leider keine Selbstverständlichkeit. Er bekommt dafür ☆☆☆☆☆. ■